

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Sören Bartol, Martin Burkert,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/782 –**

Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sichern – Deutschland braucht eine moderne Zukunftsstrategie zur Infrastrukturfinanzierung

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Jahr 2010 eine Zukunftsstrategie zur Sicherung der Infrastrukturfinanzierung für das kommende Jahrzehnt vorzulegen, die an der Verantwortung des Staates für eine ausreichende Infrastrukturfinanzierung festhält; einen besonderen Fokus auf die finanzielle Absicherung des weiteren Ausbaus umweltfreundlicher Verkehrsträger, insbesondere der Schiene zu legen; neben der Notwendigkeit, Investitionen in den Neu- und Ausbau im Sinne einer Komplementierung der vorhandenen Infrastruktur zu tätigen, in Zukunft besonders den ansteigenden finanziellen Bedarf beim Erhalt und bei der Instandsetzung der vorhandenen Verkehrswege angemessen zu berücksichtigen; die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass klar und transparent der Zustand der Verkehrsträger sowie ihrer Leistungsfähigkeit anhand von eindeutigen Parametern benannt werden können und darauf aufbauend der Investitionsbedarf für den Erhalt der Infrastruktur in Abhängigkeit von der weiteren Verkehrsentwicklung festgestellt werden kann; klare Prioritäten im Rahmen der Infrastrukturfinanzierung auf den Ausbau von Verkehrsknotenpunkten, von Hafenhinterlandanbindungen sowie von Hauptverkehrsachsen zu legen und gleichzeitig das Bedürfnis der Menschen in Regionen mit geringeren Bevölkerungszahlen nach Mobilität zu berücksichtigen; die Herausforderungen, die sich aus der weiteren internationalen Verflechtung der Verkehrsströme ergeben, anzunehmen und die Anbindung des deutschen Verkehrssystems an das europäische wie auch weltweite Verkehrsnetz voranzutreiben; bei der Ausgestaltung der Infrastrukturfinanzierung die Notwendigkeit zu beachten, dass die Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger sozial verträglich und bezahlbar bleibt; dem gestiegenen Bedarf nach einem nachhaltigen Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner an Verkehrswegen vor den negativen Auswirkungen von Verkehrslärm und -abgasen bei der Finanzierung der Infrastruktur angemessen mit zu berücksichtigen; die in der Föderalismuskommission II beschlossene Neuregelung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern bei der Bewirtschaftung nicht fernverkehrsrelevanter Straßen in Zusammenarbeit mit den Bundes-

ländern endgültig herbeizuführen; in Fällen, in denen der Bau eines Infrastrukturvorhabens unter der Beteiligung von privaten Investoren auch langfristig effizienter und kostengünstiger umgesetzt werden kann, auf die Beteiligung von privatem Kapital im Rahmen von ÖPP-Finanzierungsmodellen zu setzen und über die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH (VIFG) auch weiterhin sicherzustellen, dass Einnahmen aus der Maut vollständig und auskömmlich unmittelbar für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur insgesamt genutzt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/782 abzulehnen.

Berlin, den 30. März 2010

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Winfried Hermann
Vorsitzender

Reinhold Sendker
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Reinhold Sendker

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/782** in seiner 24. Sitzung am 25. Februar 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet unter anderem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Jahr 2010 eine Zukunftsstrategie zur Sicherung der Infrastrukturfinanzierung für das kommende Jahrzehnt vorzulegen, die an der Verantwortung des Staates für eine ausreichende Infrastrukturfinanzierung festhält; einen besonderen Fokus auf die finanzielle Absicherung des weiteren Ausbaus umweltfreundlicher Verkehrsträger, insbesondere der Schiene zu legen; neben der Notwendigkeit, Investitionen in den Neu- und Ausbau im Sinne einer Komplementierung der vorhandenen Infrastruktur zu tätigen, in Zukunft besonders den ansteigenden finanziellen Bedarf beim Erhalt und bei der Instandsetzung der vorhandenen Verkehrswege angemessen zu berücksichtigen; die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass klar und transparent der Zustand der Verkehrsträger sowie ihrer Leistungsfähigkeit anhand von eindeutigen Parametern benannt werden können und darauf aufbauend der Investitionsbedarf für den Erhalt der Infrastruktur in Abhängigkeit von der weiteren Verkehrsentwicklung festgestellt werden kann; klare Prioritäten im Rahmen der Infrastrukturfinanzierung auf den Ausbau von Verkehrsknotenpunkten, von Hafenhinterlandanbindungen sowie von Hauptverkehrsachsen zu legen und gleichzeitig das Bedürfnis der Menschen in Regionen mit geringeren Bevölkerungszahlen nach Mobilität zu berücksichtigen; die Herausforderungen, die sich aus der weiteren internationalen Verflechtung der Verkehrsströme ergeben, anzunehmen und die Anbindung des deutschen Verkehrssystems an das europäische wie auch weltweite Verkehrsnetz voranzutreiben; bei der Ausgestaltung der Infrastrukturfinanzierung die Notwendigkeit zu beachten, dass die Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger sozial verträglich und bezahlbar bleibt; dem gestiegenen Bedarf nach einem nachhaltigen Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner an Verkehrswegen vor den negativen Auswirkungen von Verkehrslärm und -abgasen bei der Finanzierung der Infrastruktur angemessen mit zu berücksichtigen; die in der Föderalismuskommission II beschlossene Neuregelung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern bei der Bewirtschaftung nicht fernverkehrsrelevanter Straßen in Zusammenarbeit mit den Bundesländern endgültig herbeizuführen; in Fällen, in denen der Bau eines Infrastrukturvorhabens unter der Beteiligung von privaten Investoren auch langfristig effizienter und kostengünstiger umgesetzt werden kann, auf die Beteiligung von privatem Kapital im Rahmen von ÖPP-Finanzierungsmodellen zu setzen und über die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH (VIFG) auch weiterhin sicherzu-

stellen, dass Einnahmen aus der Maut vollständig und auskömmlich unmittelbar für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur insgesamt genutzt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/782 in seiner 10. Sitzung am 24. März 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 24. März 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 24. März 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 24. März 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/782 in seiner 8. Sitzung am 24. März 2010 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, die Koalitionsfraktionen hätten Anfang Februar die in dem Antrag der SPD-Fraktion geforderte Zukunftsstrategie mit einem Koalitionsantrag auf den Weg gebracht. Es gebe hinsichtlich des Antrags der SPD-Fraktion viele gemeinsame Positionen, aber auch deutliche Unterschiede. Sie wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion bereits in den elf Jahren, in der sie den Minister gestellt habe, hinreichend Gelegenheit gehabt habe, die Forderungen aufzuarbeiten, die sie nun aufstelle.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, entscheidend sei, dass für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung nicht genügend Finanzmittel zur Verfügung gestellt würden. Es seien 10 Mrd. Euro vorgesehen, 11,5 Mrd. Euro müssten es aber eigentlich sein. Sie habe in ihrem Antrag Prioritäten hinsichtlich der Verkehrsknotenpunkte, der Hinterlandanbindung sowie der Hauptverkehrsachsen genannt und sie sei gespannt, welche Prioritäten die Koalition setzen werde und welche Kriterien sie dem zugrundelege. Hier müsse dringend für Klarheit gesorgt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, es sei positiv zu werten, dass der Antrag eine Fokussierung auf umweltfreundliche Verkehrsträger beinhalte. Besorgniserregend sei es, dass in dem Antrag generell ein stärkerer Ausbau der Infrastruktur gefordert werde. In dem Antrag fehle auch eine Festlegung, welches eigentlich die Knotenpunkte und Hauptverkehrsachsen seien, in die trotz der Haushaltsdefizite investiert werden solle.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, es sei schon verwunderlich, dass die Fraktion der SPD nun das fordere, was sie in den vergangenen elf Jahren hätte durchsetzen können. Sie plädiere nun für eine Zukunftsstrategie zur Sicherung der Infrastruktur, welche sie selbst in ihrer Regierungszeit nicht vorgelegt habe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, der Antrag beinhalte keinen neuen Denkansatz gegenüber den bisherigen Zielen der SPD. Es werde mehr Geld für die verschiedenen Verkehrsträger gefordert, unklar bleibe aber, wie dies finanziert werden solle. Die SPD-Fraktion halte daran fest, dass alles, was im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen sei, auch gebaut werden solle. Sie plädiere hingegen für eine Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans mit neuen Zielsetzungen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/782.

Berlin, den 30. März 2010

Reinhold Sendker

Berichterstatter

